Der Grosse Rat des Kantons Bern
Le Grand Conseil du canton de Berne

Donnerstag (Vormittag), 23. Januar 2014

Gesundheits- und Fürsorgedirektion

38 2013.0786 Postulat 178-2013 Rüfenacht (Biel/Bienne, Grüne)
Finanzierung des «Chessu» Biel langfristig sichern

Gemeinsame Beratung mit Geschäft 2013.0719

Fortsetzung

Präsident. Wir starten mit der gemeinsamen Beratung der beiden Postulate 37 und 38. Gestern haben wir die Leute angehört, die diese Vorstösse eingereicht haben, und jetzt kommen wir zu den Fraktionserklärungen. Bei mir ist allerdings noch keine Meldung eingegangen und ich wäre froh, wenn Sie sich jetzt eintragen würden, denn es geht jetzt los. Ich bitte Sie, Platz zu nehmen und ruhig zu werden, damit wir zügig vorankommen. Bitte seien Sie etwas ruhiger *(Der Präsident läutet die Glocke).*

Jürg Schürch, Huttwil (SVP). Jugend und Kulturzentren sind in unserer Gesellschaft etwas Positives. Ich persönlich engagiere mich seit mehr als 40 Jahren für junge Leute, in Vereinen auf allen Stufen und mache das immer noch mit Freude. Die Jugend ist unsere Zukunft. Persönlich darf ich sicher offenlegen, dass ich Anfang der Siebzigerjahre ab und zu nach einer erfolgreichen Teilnahme an einem Leichtathletik-Meeting im Neufeld, im Wankdorf – damals noch auf Aschebahnen –, oder auch nach einem gemeinsamen Training mit dem TV Länggasse in der Bodenweide oder in der Schönau mit meinen Leichtathletikkollegen von Huttwil vor unserer Rückkehr nach Huttwil in den berühmten Gaskessel an der Sandrainstrasse gegangen bin. Ich erinnere mich noch gut daran. Die Ambiance der Siebzigerjahre war allerdings sicher nicht ganz gleich wie sie es heute ist. Nun zu den beiden Postulaten: Die Antwort fällt nicht positiv aus. Die SVP-Fraktion folgt grossmehrheitlich den Argumenten des Regierungsrats und lehnt das Postulat ab.

Ueli Spring, Lyss (BDP). Die Kessel in Bern und Biel finde ich tolle Angebote, es sind zeitlose Institutionen und das schon seit Jahrzehnten. Auch ich habe nach der Schulzeit ab und zu den Gaskessel besucht, dies vor allem in Bern. Ich habe Verständnis für die Reaktionen, wenn Geld entzogen wird. Aber es kann nicht sein, das in den Lastenausgleich aufzunehmen. All diejenigen, die bei der Erarbeitung des FILAG dabei waren, wissen, um was für ein feines und heikles Räderwerk es sich handelt. Aber leider war kaum jemand der Postulanten dabei und sie haben keine Ahnung davon. Wenn man hier eine Türe öffnet, besteht die Gefahr, dass der Disparitätenabbau wieder aufs Tapet kommt. Und dann werden die Städte verlieren. Eine kleine Erhöhung bedeutet für Bern oder Biel bereits einen Verlust in der Höhe von 1 bis 2 Mio. Franken. Überlegen Sie sich gut, was Sie hier machen. Wir können die Diskussion nicht wieder von vorne beginnen, denn selbst in Ihren Reihen gab es Leute, die den Disparitätenabbau höher ansetzen wollten. Deshalb ist der hier eingeschlagene Weg ganz klar falsch.
Noch kurz zum Mail von Herrn Barbier, ich weiss allerdings nicht, ob das alle bekommen haben oder nur wir im Seeland: Er behauptet, die KUFA werde durch den Lastenausgleich finanziert, was aber ganz klar nicht der Fall ist. Unsere KUFA in Lyss bekommt weder Gelder durch den Lastenausgleich noch Gelder von der GEF, und das seit zwei Jahren, denn auch diese Gelder wurden gestrichen. Jetzt bezahlt die Standortgemeinde mehr und es gibt von den umliegenden Gemeinden freiwillige Beiträge. Und genau das wäre der Weg, der hier sinnvoll wäre: Es sollten die umliegenden Gemeinden einbezogen werden. Noch ein Punkt, der besonders störend ist: Der Kessel in Biel hält halt einfach die gesetzlichen Vorschriften nicht ein, das ist eine Tatsache. Bevor sich das nicht

ändert, werde ich nie bereit sein, dem Kessel seitens des Kantons Beiträge zukommen zu lassen. Ich bitte Sie, die beiden Postulate abzulehnen.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Zum Lastenausgleich muss ich jetzt nichts mehr sagen, dazu hat sich ja jetzt gerade Ueli Spring geäussert. Die EVP nimmt zur Kenntnis, dass die Gesundheits- und Fürsorgedirektion bei der Jugendarbeit Schwerpunkte gesetzt hat, namentlich aus der Not heraus, weil das Geld nicht für alles Wünschbare reicht. Die EVP ist mit den gesetzten Schwerpunkten einverstanden. Es hat einfach nicht alles Platz, denn die Finanzen reichen nicht für alles, was wir auch noch gerne hätten. Deshalb lehnt die EVP beide Postulate im Sinne der Regierung ab.
Jetzt noch zu einem etwas emotionaleren, persönlicheren Teil, er betrifft namentlich den Bieler Gaskessel: Wenn wir hier ein Passivrauchschutzgesetz machen und sich vier Jahre später im Gaskessel in Biel noch immer niemand dafür interessiert, was eigentlich Passivrauchschutz ist, und wenn der Gaskessel immer noch eine Räuberhöhle und ein Kifferparadies ist, regt das mich persönlich auf, und zwar einerseits, weil es mein Thema ist, aber anderseits auch, weil wir hier im Rat Gesetze machen und Vorschriften eigentlich für alle im Kanton gelten. Und wenn dann ausgerechnet diejenigen Leute, die sich keinen feuchten Dreck um die Vorschriften des Kantons kümmern, zum Beispiel in Zusammenhang mit diesem Thema, versuchen, auf diesem Weg Geld zu bekommen, löscht mir das also schon ein bisschen ab. Und ich frage mich – und ich frage das persönlich diejenigen Personen, die das Postulat eingereicht haben – ob sie das in Ordnung finden. Was ist das für ein Staatsverständnis, wenn man für eine Bude, die sich keinen Dreck um die geltenden Regeln kümmert, beim Kanton Geld verlangt? Findet ihr richtig, was dort abgeht?
Noch zwei weitere Überlegungen: Man will ein autonomes Jugendzentrum sein. Also, dann seid doch bitte autonom und verlangt nicht Geld von uns. Hinzu kommt, dass dort kommerzielle Veranstaltungen stattfinden; das Ganze ist gewinnorientiert. Ich weiss allerdings nicht, ob es Gewinn abwirft, aber einzelne Anlässe wahrscheinlich schon – dann kann es erst Recht nicht unsere Aufgabe sein, auf irgendeinem Weg Geld zu sprechen, sei es über den Lastenausgleich oder direkt oder wie auch immer.

Anna-Magdalena Linder, Bern (Grüne). Wir Grüne sind einstimmig für beide Postulate. *(Der Präsident läutet die Glocke.)* Mit den vorliegenden Postulaten wird darum gebeten, die Finanzierung der beiden Gaskessel längerfristig zu sichern. Ein Postulat verlangt lediglich eine Prüfung, aber die Antwort des Regierungsrats ist eher eine Antwort auf eine Motion, und das passt überhaupt nicht zu den Forderungen des Postulats. Auch Ueli Spring sprach vorhin so, als ob es sich um eine Motion und nicht um einen Prüfungsbericht handelte. In der Antwort wird argumentiert, der Schwerpunkt des Kantons werde anders gesetzt, indem voja und der Verein Fachstelle Spielraum unterstützt werden. Es ist richtig, wenn diese Angebote unterstützt werden, sie sind wichtig und für den Kanton unabdingbar. Die Konzepte der beiden Gaskessel lassen sich aber nicht mit voja und der Fachstelle Spielraum vergleichen. Der Gaskessel gibt den Jugendlichen Freiraum, den sie selber gestalten. Sie übernehmen Verantwortung, sind im Vorstand, arbeiten in der Gastronomie, gestalten das Kulturkonzept. Beim Gaskessel geht es um eine lebendige und vielfältige Jugendarbeit, bei der die Jugendlichen ein Teil davon sind. Es wird nicht nur passiv konsumiert, sondern aktiv mitgestaltet.
In der letzten Septembersession hat sich eine doch recht grosse Gruppe von Grossrätinnen und Grossräten zusammengefunden, die an der Mittagsveranstaltung des Gaskessels teilnehmen durften. Die Jugendlichen haben diese Mittagsveranstaltung vorbereitet, uns Grossrätinnen und Grossräten den Gaskessel erklärt und gezeigt, und schlussendlich bekamen wir alle auch noch ein feines Mittagessen. Die Jugendlichen leisten eine immense Anzahl von Stunden an Freiwilligenarbeit. Dabei lernen sie Fähigkeiten und Fertigkeiten, die sie auch sonst im Alltag brauchen können.
Der Gaskessel in Bern wird von Jugendlichen aus dem ganzen Kanton besucht. Wenn der Gaskessel nicht mitfinanziert wird, steht ihm das Wasser immer mehr bis zum Hals. Wohin gehen dann am Wochenende die Jugendlichen, die jetzt beim Gaskessel ein- und ausgehen? Wollen wir am Wochenende noch mehr Leute auf dem Vorplatz der Reithalle? Die Antwort des Regierungsrats zum vorliegenden Vorstoss ist undifferenziert. Sie erfasst den Gaskessel als Institution überhaupt nicht. Auch für die Jugendlichen, die dort ein- und ausgehen, ist die Antwort niederschmetternd. Wir Grüne finden es nicht richtig, wenn man den Gaskessel nicht mitfinanzieren will. So ist sein Bestehen wirklich gefährdet.
Liebe Grossrätinnen und Grossräte, wir bitten Sie, diesem Postulat zuzustimmen – es handelt sich dabei wirklich nur um ein Postulat. Damit sprechen Sie ein Ja für die Jugend und für die beiden

Gaskessel aus. Ich bitte zumindest all diejenigen, die zum Beispiel vorgestern an der Veranstaltung von Benevol waren und ein sehr üppiges Mittagessen erhielten, und all diejenigen, die in der vergangenen Septembersession im Gaskessel waren und ebenfalls ein feines Mittagessen erhielten, auf den grünen Knopf zu drücken.

Alfred Schneiter, Thierachern (EDU). Wenn das so einfach wäre, Anna: Drücken Sie doch den grünen Knopf, denn Sie haben ja ein Mittagessen erhalten. Das ist aber nur die eine Sichtweise. In diesem Geschäft stecken wahrscheinlich auch gewisse Emotionen; ich möchte versuchen, nicht darauf einzugehen, Ruedi Löffel hat sie vorhin ja auf den Punkt gebracht. Ich möchte hier ganz sachlich, finanzpolitisch argumentieren: Wir haben die ASP hinter uns und wir haben entsprechende weitere Anstrengungen vor uns. Es kann doch nicht sein, jetzt so häppchenweise überall wieder ein bisschen das Portemonnaie zu öffnen und gerade wieder zu vergessen, was wir in der vergangenen Session beschlossen haben. Von daher lehnt die EDU-Fraktion die beiden Postulate ab.
Jetzt aber halt trotzdem noch etwas Persönliches zur Frage von Anna Linder, wo sich denn die Leute aufhalten werden, ob sie dann auf der Strasse landen werden und, und, und: Grundsätzlich gibt es sehr viele junge Menschen und Organisationen in diesem Kanton, die genau etwas Ähnliches anbieten, vielleicht einfach in einem kleineren Rahmen, und die von der öffentlichen Hand nicht finanziert werden. Und es funktioniert genau gleich. Auf der andern Seite stellt sich die Frage, ob es wirklich die Aufgabe dieses Staates ist, überall quasi als Sozialhilfe einzuspringen, wo vielleicht im Elternhaus und in unserer Gesellschaft Aufgaben vernachlässigt werden, sodass die jungen Leute auf der Strasse landen. Man sollte das Übel tiefer an der Wurzel packen, als erst dann via Gaskessel zu reagieren. Vielmehr sollte man einmal in unseren Familien überdenken, welches Verhältnis wir zu Familien und Kindern und zur Verantwortung haben, auch in Zusammenhang mit der Arbeit, mit dem Geld und so weiter. Ich will hier nicht moralisieren, aber ich möchte aufzeigen, dass alles verschiedene Seiten hat, dass man es aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten kann. Wir schauen es jetzt aus der finanzpolitischen Sicht an und deshalb lehnen wir die Postulate ab.

Daniel Hügli, Biel/Bienne (SP). Le groupe PS-JS-PSA recommande d'accepter le postulat pour assurer à long terme le financement du Gaskessel et de la Coupole. En effet, il est important que le Gaskessel et la Coupole, deux institutions mythiques sises dans le canton de Berne, puissent en partie être financées par le canton, et cela pour plusieurs raisons. Premièrement, il s'agit d'institutions dont profite une large part de la population: jeunes, moins jeunes, citadines et citadins, mais pas seulement, car il y a aussi des personnes du Seeland et du Jura bernois qui viennent à la Coupole, et même parfois des gens de Berne. En ce qui concerne le Gaskessel, des personnes de tout le canton s'y rendent. Ces deux institutions ont ainsi un rayonnement culturel et social suprarégional. Le canton doit donc prendre ses responsabilités. Deuxièmement, bien que nous soyons satisfaits que le canton soutienne les associations voja et Fachstelle Spielraum, nous considérons qu'il ne s'agit pas des mêmes publics cibles et des mêmes objectifs dans notre cas. La Coupole et le Gaskessel sont plutôt des institutions dans lesquelles des jeunes adultes, à partir d'environ 16 ans, s'investissent. A cet âge, on ne veut plus seulement profiter d'offres proposées par ces associations, mais simplement participer. En effet, la Coupole et le Gaskessel ne sont pas uniquement des lieux où la jeunesse consomme de la culture et fait la fête, il s'agit d'endroits où les jeunes sont mis à contribution pour faire vivre ces lieux de culture. Ils participent à l'élaboration de projets, expérimentent de nouveaux projets et animent les différents événements souvent de manière bénévole. En quelque sorte, il s'agit d'institutions où les jeunes apprennent à devenir des citoyennes et des citoyens en participant aux activités de la cité. Pour ces différentes raisons, le groupe PS-JS-PSA recommande d'accepter les postulats.

Hubert Klopfenstein, Biel/Bienne (FDP). Es wird Sie nicht wundern, dass die FDP beide Postulate ablehnt und ganz klar die Haltung des Regierungsrats unterstützt, und zwar aus zwei Gründen: einerseits aus finanzpolitischen und anderseits auch aus inhaltlichen Überlegungen zum Betrieb dieser Institutionen. Ich werde als Bieler namentlich etwas zum Gaskessel von Biel sagen, der mich notabene bereits seit 22 Jahren politisch begleitet; also nicht erfreut, sondern begleitet. Andere haben es bereits gesagt: Die finanzpolitische Grosswetterlage ist angespannt und es müssen Prioritäten gesetzt werden. Und lobenswerterweise – ich sage: lobenswerterweise – hat die Regierung für einmal die richtigen Prioritäten gesetzt und genau das vollzogen, was man in der letzten Spardebatte diskutiert hat. Ein Ausscheren aus diesem Kurs kommt jetzt nicht in Frage, das wäre ein eklatanter Widerspruch. Auch die zum Teil herbeigezogenen Argumente von der überregionalen Anzie-

hungskraft dieser Gaskessel, von der Überregionalität, können nicht überzeugen.
Es ist unbestritten, dass es in den Gaskesseln sicher gute Angebote gibt, das ist aber nicht das Thema. Wenn die Städte Biel und Bern solche Angebote erbringen wollen, sollen sie das erstens selber finanzieren, oder zweitens, was noch besser wäre, einwirken, dass im Gaskessel ertragsseitig eine Steigerung erreicht wird. Dort werden ja auch Erträge erwirtschaftet, also kann man dafür sorgen, dass das Defizit kleiner wird. Das wäre sicher sinnvoll. Aber es ist nicht sinnvoll, rein urbane Angebote über den ganzen Kanton zu finanzieren, denn sonst kämen wir wirklich in Teufels Küche. So könnte ein Jugendangebot, ein Jugendprojekt im Oberaargau, im Oberland, im Emmental auch mitfinanziert werden, und das würde uferlos.
Noch zum Gaskessel Biel, der berühmten Coupole, zu deren Betrieb und Finanzierung: Hier muss ich doch noch die etwas einseitige Betrachtungsweise meines linken Kollegen aus Biel – er sitzt zwar jetzt rechts, ist aber trotzdem links – korrigieren: Der Gaskessel in Biel ist seit 22 Jahren ein Tabuthema. Er wird emporstilisiert, ist ein Heiligtum und man hört immer die gleiche Leier: Wenn kein Geld fliesst, geht er kaputt. Das stimmt so nicht, das ist massiv übertrieben. Man darf die ganze Sache wie gesagt auch ertragsseitig anschauen. Wir dürfen Überlegungen anstellen, wie diese Defizite vielleicht vermieden werden könnten. Und hier muss vielleicht auch einmal in concreto erwähnt werden, welche Leistungen die Stadt Biel erbringt, erbracht hat und noch erbringen wird: Die Stadt Biel bezahlt telquel 125 000 Franken jährliche, zurzeit im Budget eingestellte Subventionen an den Gaskessel. Die Stadt Biel wird zudem demnächst den Gaskessel mit 2 Mio. Franken umbauen und renovieren, meine Damen und Herren. Der Kredit «Renovation, Anpassung Gaskessel» ist bereits gesprochen. Da das ganze Gebiet neu gestaltet wird, erfolgt eine Anpassung. Zudem wird der Kessel dem Verein gratis und franko zur Verfügung gestellt und der kann dann schalten und walten wie er will. Er ist autonom, wie wir es von Herrn Löffel gehört haben. Und dort, meine Damen und Herren, finden Konzerte statt, es werden Einnahmen generiert, es fliessen Gelder, es gibt Alkoholausschank, es gibt Beizen und so weiter. Dort werden also Einnahmen gemacht. Also muss man doch schauen, dass der Gesamtaufwand durch den Ertrag gedeckt werden kann. Und dafür ist eben der Verein selber verantwortlich. Aber bis dato war, Herr Hügli, in Biel immer sehr intransparent, wer daran verdient. So muss halt jetzt die Stadt Biel, ob sie das will oder nicht, darauf hinwirken, dass der Betreiber des Gaskessels ein bisschen Eigenwirtschaftlich denkt. Oder wenn das die Stadt Biel politisch nicht kann, nicht will oder nicht wagt, soll das halt die Stadt Biel selber finanzieren. So einfach ist das. Aber alles andere wäre übertrieben.
Ich erkläre es noch ein bisschen einfacher, damit es auch andere verstehen: Ein Gastwirt oder ein Veranstalter, der gratis und franko eine Konzerthalle finanziert bekommt und machen kann, was er will, der autonom ist und dann erst noch einen Defizitbeitrag von 125 000 Franken bekommt: das gibt es doch nicht! Deshalb kann es nicht die Aufgabe des Kantons sein, hier einzuspringen und man darf, Herr Hügli, ein bisschen weitsichtiger denken als einfach nur rein lokalpolitisch. In diesem Sinn – für diejenigen, die es noch nicht begriffen haben: Die FDP lehnt also beide Vorstösse ab.

Jan Gnägi, Jens (BDP). Als langjähriger und häufiger Besucher des Kessels Biel empfehle ich Ihnen beide Postulate zur Annahme. Ich verstehe, dass in der offenen Kinder- und Jugendarbeit Priorisierungen stattfinden. Aber ich finde es nicht richtig, wenn das zu Lasten dieser zwei altbewährten Institutionen geht. Der Kessel Biel ist nicht nur für Stadtbieler ein wichtiger Standort, auch wir Jungen aus dem ländlichen Seeland nutzen dieses Angebot sehr. Und dieses Angebot ist doch um einiges besser, als es jetzt hier bisweilen dargestellt wurde. Es mag zugegebenermassen nicht dem klassischen Bild der Jugendarbeit entsprechen. Doch zieht es die Jungen wie kaum eine andere Institution an. Das Prinzip «Jugendliche für Jugendliche» hat sich bewährt und ist äusserst erfolgreich. Mehr als 100 junge Leute arbeiten freiwillig mit und erreichen mit ihrem Angebot ein Vielfaches davon. Wer von Ihnen an der letzten Mittagsveranstaltung im September im Berner Kessel war, konnte sich selber von diesem Prinzip überzeugen und die Begeisterung der jungen Leute erleben. Sie verbringen nämlich den grössten Teil ihrer Freizeit dort. Das gilt sowohl für Bern als auch für Biel.
Liebe Kolleginnen und Kollegen, es darf auch einmal etwas für die Jungen sein. Der Gaskessel mag vielen der älteren Generation nicht so passen, das weiss ich schon, aber er passt eben den Jungen. Wir haben hier im Saal schon oft über kulturelle Angebote gesprochen. Ich höre immer wieder, wie wichtig das sei und wie wichtig es sei, das zu unterstützen. Aber bei den Angeboten, die wir hier beschlossen haben, gab es kaum eines für junge Leute. Wir gehen halt eher in den Kessel und nicht ins Stadttheater. Deshalb lassen Sie sich doch zugunsten der jungen Leute für die Annahme dieser beiden Postulate überzeugen, es handelt sich dabei wirklich nur um Postulate. Es ist damit

noch kein Franken ausgegeben, aber wir setzen damit ein wichtiges Zeichen.

Mathias Tromp, Bern (BDP). Nach meinem jungen Fraktionskollegen kommt jetzt noch einer, der junggeblieben ist, der den Gaskessel aber nicht braucht und das Tanzbein dort nicht schwingt. Aber ich habe in Bern an der Mittagsveranstaltung teilgenommen, das möchte ich ausdrücklich betonen. Auch möchte ich, wie Anna-Magdalena Linder vorhin, erwähnen, dass das Mittagessen gut war, aber ich habe ein ganz gutes Gewissen: Auf meine Anregung hin wurde nämlich eine Sammlung durchgeführt und das Mittagessen wurde von den Teilnehmern bezahlt. Nur damit Sie keine falschen Schlüsse ziehen. Das wollte ich einfach noch sagen.
Wenn ich als Finanzpolitiker das Postulat für Bern mitunterzeichnet habe, hat das einen speziellen Grund: Ich will nicht insgesamt mehr Geld, das muss ich ausdrücklich betonen, aber ich möchte, dass die Ressourcen etwas anders aufgeteilt werden. Ein guter Grund, den der Gesundheitsdirektor in der Antwort der Regierung selber gibt, gilt auch für mich: Er will Schwerpunkte setzen. Damit bin ich sehr einverstanden, Herr Regierungsrat. Aber er setzt zwei Schwerpunkte auf zwei Organisationen, die Voja und die Fachstelle Spielraum. Ich habe nichts gegen diese beiden Institution, es handelt sich bei beiden um hervorragende Institutionen. Voja wird auch stark von den Gemeinden getragen; bravo, das ist gut. Aber bei beiden handelt es sich um Institutionen, wo Erwachsene etwas für Jugendliche machen. Und das ist genau das, was mir nicht passt. Also für die beiden Institutionen ist das schon in Ordnung, aber bei den Gaskesseln machen die Jugendlichen etwas für Jugendliche. Und genau in diesem Sektor fehlt etwas und genau deshalb stehe ich dafür ein, dass man hier eine Überprüfung vornimmt – es handelt sich ja um ein Postulat. Es geht darum zu prüfen, ob man auch einer Institution, bei der Jugendliche etwas für Jugendliche machen, etwas geben könnte und halt dann bei andern etwas wegnehmen würde. So wird die Gesamtsumme nicht erhöht. In diesem Sinn bitte ich Sie, das Postulat anzunehmen und die Überprüfung machen zu lassen.

Antonio Bauen, Münsingen (Grüne). Ja, Mathias Tromp, genau so ist es, vielen Dank für dein Votum. Noch zu Kollega Klopfenstein, damit auch du es begreifst: Es handelt es sich um ein Postulat. Es geht darum, eine Möglichkeit zu prüfen, wie eine Unterstützung aussehen könnte, wie eine Jugendarbeit unterstützt werden könnte, die genau so funktioniert, wie Mathias es dargelegt hat, nämlich indem Junge für Junge da sind. Wir haben gesehen, was sie dort alles machen und es ist ein riesiges Engagement vorhanden. Und genau das ist das Wichtige: Ihre Selbstverantwortung zu unterstützen, ihnen Raum zu geben, damit sie dort in diesem schwierigen Umfeld, in dem sie sich befinden, etwas erreichen können, das wirklich gut ist und lebt. Sie haben es nicht nur einfach, sie haben nämlich mit all der Problematik rundherum auch immer wieder zu kämpfen. Und dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, braucht es von uns Älteren auch den Mut, diesen Raum zu geben, damit sie etwas machen können, damit sie Verantwortung wahrnehmen, damit sie etwas miteinander entwickeln können; auch wenn es bisweilen nicht ganz so ist, wie wir es gerne hätten. Die meisten machen es sogar freiwillig und ohne irgendwelche Entschädigungen, und das ist sehr unterstützungswert. Deshalb ist es auch unterstützungswert, diese Finanzierungsmöglichkeit zu prüfen, um einen Weg zu finden, um ein solches Angebot sicherzustellen.

Andreas Blaser, Steffisburg (SP). Es hat mich jetzt halt trotz allem noch gejuckt, hier ans Rednerpult zu treten und zwar stört mich Folgendes: Ich unterstütze dieses Postulat, aber es stört mich, wenn Mathias Tromp sagt, es sei unterstützungswert, aber es müsse dann halt den andern etwas weggenommen werden. Das ist einfach keine ehrliche Politik. Ich kenne jetzt per Zufall den Verein Spielraum, ich war dort lange Mitglied des Vorstandes und ich weiss, wie knapp die Mittel dort sind. Und wenn man dann hier sagt, es gebe gleich viel Geld, man müsse einfach den andern etwas wegnehmen, ist das für mich einfach keine zielgerichtete Politik. Von daher habe ich Mühe mit der Argumentation, man wolle es unterstützen, es dürfe einfach nicht mehr kosten, arrangez-vous! Da ist mir die Haltung des Gesundheits- und Fürsorgedirektors lieber, der halt Prioritäten setzt. Entschuldigen Sie, aber nach der ASP sollten wir in dieser Beziehung schon ein bisschen ehrlicher miteinander umgehen. Wenn wir dann hier und da kürzen, können wir doch nicht gleichzeitig sagen, hier und da solle etwas mehr gegeben werden, aber es dürfe insgesamt nicht mehr kosten. Das ist für mich nicht sauber und ehrlich. Das wollte ich noch sagen.

Ursula Marti, Bern (SP). Es geht hier auch darum, für die Jugendlichen des Kantons Bern, die sich in solchen Organisationen wie den beiden Gaskesseln in Bern und Biel organisieren und Eigenverantwortung übernehmen, ein Zeichen zu setzen. Es ist wichtig zu zeigen, dass wir das wahrnehmen

und unterstützen. Zudem möchte ich noch ein Argument, das ich gehört habe, widerlegen. Es wurde gesagt, im Gaskessel fänden auch kommerzielle Anlässe statt und mit diesen Anlässen lasse sich doch der Gaskessel finanzieren. Sie müssen einfach daran denken: Es handelt sich dabei um Anlässe für junge Leute, für 16- bis 20-Jährige, also kann man nicht so teure Eintritte verlangen. Es ist nicht möglich, dort so viel Geld herauszuholen, dass man den Betrieb damit einfach so finanzieren kann. Ich bitte Sie, das ebenfalls zu bedenken und wirklich für die Jugendlichen des Kantons Bern ein Zeichen zu setzen.

Philippe Perrenoud, Gesundheits- und Fürsorgedirektor. Tout d'abord, une petite remarque personnelle. J'ai beaucoup de sympathie pour ces postulats, je ne vous le cache pas. Pourquoi? Je me souviens qu'il y a environ six ans, la Coupole à Bienne avait des difficultés et ne respectait pas le contrat de prestations que nous avions avec eux, ou c'était plutôt la ville de Bienne qui avait un contrat de prestations avec eux si ma mémoire est bonne, et nous avions discuté avec la ville de Bienne, pour savoir comment continuer à la financer, c'était en 2008. Ensuite, je vous rappelle qu'il y a eu toute la réflexion faite par le parlement sur la loi sur la péréquation financière cantons/communes, y compris les charges de centre. Je rappelle que Berne et Bienne reçoivent plus d'argent de la péréquation financière pour les charges de centre. A partir de là, aussi pour le social, nous avons décidé pour certaines choses que la péréquation financière n'était plus que la tâche du canton, pour d'autres que c'était une tâche mixte avec les communes. Ici pour la Coupole et le Gaskessel, il était clair qu'il y avait cette possibilité d'après l'article 47 de financer aussi les prestations de la Coupole ou du Gaskessel. En même temps, nous avions aussi favorisé le développement de l'aide à la jeunesse, la voja, dont nous avons parlé tout à l'heure.
Je vous rappelle également la discussion que nous avons eue au mois de novembre, dans le cadre de l'EOS. Pour moi, il s'agit à nouveau de choisir entre la peste et le choléra. Si nous acceptons le postulat, ce n'est pas réfléchir à la manière de financer le Gaskessel et la Coupole, c'est réfléchir à l'endroit où nous allons supprimer de l'argent. C'est la question que je trouve un peu difficile en termes de politique financière, et c'est pour cela que je préfère continuer à financer des choses qui fonctionnent bien que de devoir financer des choses supplémentaires, et manquer d'argent par la suite ailleurs. C'est toujours un choix un peu cornélien, et c'est le parlement qui doit choisir. Le gouvernement vous propose de refuser les postulats dans cette réflexion-là, parce que, je vous le rappelle, vous allez discuter la semaine prochaine d'une motion Haas, dans laquelle on va nous demander d'économiser encore plus. Sans vouloir déjà discuter de cela maintenant, nous sommes sous pression financière, et je ne vois pas comment financer en plus le Gaskessel et la Coupole sans couper dans les prestations. Et là où on va couper des prestations, vous serez les premiers à venir me dire qu'il ne faut surtout pas couper dans ces prestations. Donc il faut arrêter ces situations un peu kafkaïennes et refuser le postulat.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Die Diskussion war sehr engagiert, das hat man sehr vielen Voten angemerkt, und es ist gut zu sehen, dass die Jugendlichen hier im Kanton zu Emotionen führen; aber schlussendlich müssen wir das Ganze ja relativ nüchtern betrachten. Ich bitte all diejenigen, die zögern, noch einmal, den Text des Postulats zu lesen. Es ist wirklich wichtig noch einmal zu sehen, worum es geht. Es geht nicht um einen Kreditantrag, nicht um eine Motion, sondern es geht nur darum, den Regierungsrat aufzufordern zu prüfen, wie die Finanzierung der beiden Jugendzentren garantiert werden kann. So lautet der Auftrag. Res Blaser: Das heisst noch nicht, dass man bei andern eine Kürzung vornimmt, sondern die Regierung bekommt den Auftrag, das genauer anzuschauen. Diese Differenzierung ist sehr wichtig. Das heisst, man kann zum Beispiel versuchen, die umliegenden Gemeinden enger einzubeziehen, weil 52 Prozent der Besucherinnen und Besucher des Gaskessels in Bern aus dem Kanton kommen. Das ist wichtig. Deshalb auch noch etwas an die Adresse von Herrn Klopfenstein von der FDP: Es handelt sich eben nicht um urbane Angebote. Vielleicht wird das von ihm so empfunden, aber die Jugendlichen, die im Kanton Bern leben, gehen gerne dorthin. Sie unterscheiden nicht, ob es in der Stadt ist oder nicht, es interessiert sie einfach dieses Angebot. Vielleicht gibt es in den Gemeinden halt zu wenige Angebote, deshalb ist es wichtig für die Jugendlichen, einen Ort zu haben, wo sie hingehen können.
Das schönste Bonmot der heutigen Diskussion stammt von Jan Gnägi: «Jugendliche für Jugendliche». Das charakterisiert genau, worum es geht. Noch zur Aussage, der Filag dürfe nicht angetastet werden: Kolleginnen und Kollegen, es handelt sich um ein Postulat, das eine genauere Prüfung ermöglicht. Fazit: Es handelt sich um ein präventives Angebot, «Jugendliche für Jugendliche» – ich zitiere Jan Gnägi – und es handelt sich um ein Angebot, das die Selbstverantwortung stärkt. Dies

an die Adresse der bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen. Jugendliche, die Verantwortung übernehmen, sollten wir doch hier durch ein Zeichen unterstützen. Das geht in die richtige Richtung und ich hoffe, dass es sich der eine oder die andere nochmals überlegt und hier ein Zeichen im sinne von «Jugendliche für Jugendliche» setzt. Herzlichen Dank für die Unterstützung.

Präsident. Jetzt stimmen wir ab. Wer dem Postulat 161-2013 von Frau Imboden zustimmt, stimmt Ja, wer es ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (P 161-2013 Imboden)

Der Grosse Rat beschliesst:
Ablehnung

Ja	53
Nein	91
Enthalten	4

Präsident. Sie haben das Postulat abgelehnt. Nun stimmen wir über das Postulat 178-2013 von Frau Rüfenacht ab.

Abstimmung (P 178-2013 Rüfenacht)

Der Grosse Rat beschliesst:
Ablehnung

Ja	56
Nein	89
Enthalten	3

Präsident. Sie haben dieses Postulat ebenfalls abgelehnt.